

## **Rettet die Pflege!**

### **Die Situation der Langzeitpflege in Deutschland ist so dramatisch wie noch nie.**

Nachdem die letzte Bundesregierung trotz vieler einzelner, auch finanzwirksamer Reformen der Pflegeversicherung den großen Wurf versäumt hatte, war die Ampelkoalition angetreten, das System vom Kopf auf die Füße zu stellen. **Der nun bekannt gewordene Gesetzentwurf zur finanziellen Sicherung der Pflegeversicherung bleibt jedoch weit hinter diesem Anspruch zurück.** Wenn es bei dem vorgelegten Gesetzentwurf bleibt, wird das Pflegesystem in Deutschland kollabieren. Dies geschieht auf Kosten von fünf Millionen pflegebedürftigen Menschen und einem Vielfachen an pflegenden Angehörigen sowie rund 780 Tausend Beschäftigten in der Altenpflege.

- **Die gesetzlichen Pflegekassen stehen vor der Zahlungsunfähigkeit**, da die gesamten Kosten der Pandemie und nun auch noch die steigenden Energiekosten zu Lasten der Versicherungsmittel gingen. Für 2022 beträgt das Defizit der sozialen Pflegeversicherung 2,25 Mrd. Euro, für 2023 wird ein Defizit in Höhe von 3 Mrd. Euro erwartet. Der Finanzierungsbedarf allein für die kurzfristige Stabilisierung in 2023 beträgt mindestens 4,5 Mrd. Euro.
- Gleichzeitig dreht sich die Spirale steigender Eigenanteile trotz der prozentualen Senkung der Kosten im Pflegeheim schon wieder stetig nach oben. **Im Pflegeheim liegt der durchschnittlich zu leistende Eigenanteil inzwischen bei fast 2.500 Euro, die Sozialhilfequote liegt bei einem Drittel.** In der häuslichen Pflege steigt analog der Bedarf, Pflegeleistungen durch Angehörige zu erbringen, wo eigentlich Entlastung notwendig wäre.
- **Die Stimmung bei den Beschäftigten ist auf einem Tiefpunkt angelangt**, und das Vertrauen, dass die Politik hier etwas ändert, tendiert selbst bei Leitungskräften gegen Null. Immer mehr Pflegefachpersonen stimmen mit den Füßen ab: Sie drohen den Beruf zu verlassen oder flüchten in die Leiharbeit. Nach drei Jahren Pandemie ist die Personaldecke so dünn, dass jeder Ausfall wegen Krankheit die Versorgung der pflegebedürftigen Menschen ernsthaft gefährdet.
- **Die pflegebedürftigen Menschen und ihre Angehörigen finden immer weniger professionelle Unterstützung von ambulanten Diensten**, da diese aus Mangel an Personal keine neuen Kund\*innen annehmen, ihre Leistungen einschränken oder sogar Verträge kündigen.

Das System der Pflegeversicherung wird so ad absurdum geführt, da diese perspektivisch keine verlässliche Absicherung des Pflegerisikos mehr bietet. Beitragszahlende werden frustriert zurückgelassen und der Glaube an die Strukturen schwindet. Die beruflich Pflegenden werden ebenfalls verprellt und glauben nicht mehr daran, dass die Politik Interesse an einer Verbesserung ihrer Situation hat. **So wird auch das Vertrauen der Menschen in die Demokratie und deren Kraft, sozialen Ausgleich zu befördern, untergraben.**

Die AWO fordert die gesamte Bundesregierung und besonders Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Lauterbach und Bundesfinanzminister Lindner auf, ihren Gesetzentwurf grundlegend zu überarbeiten. In den nun bekannten Eckpunkten wirkt der Geist der letzten Jahre nach. Doch auf strukturelle Finanzierungsprobleme kann man nicht mit kosmetischen Korrekturen antworten.

**Eine Beitragserhöhung von 0,35 Prozentpunkten wird nicht reichen, um die Pflege langfristig und nachhaltig abzusichern. Ebenso ist eine Entlastung bei den Pflegesachkosten um 5 Prozent unzureichend. Dass der im Koalitionsvertrag vereinbarte Steuerzuschuss für versicherungsfremde Leistungen fehlt, ist unfassbar und verschärft die Belastung pflegebedürftiger Menschen.**

Die AWO fordert eine substantielle und nachhaltige Finanzreform für die Pflegeversicherung. Diese muss folgendes beinhalten:

- **Verlässliche und planbare Absicherung des Pflegerisikos**
- **Kostensenkung für Pflegebedürftige und Begrenzung der Eigenanteile**
- **Solidarische und paritätische Finanzierung von Pflege**
- **Erweiterung der Einnahmen der Pflegeversicherung im Umlagesystem**
- **Steuerzuschüsse für versicherungsfremde Leistungen**
- **Verankerung der Pflege als zentraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge**

**Die Pflege darf politisch nicht länger vernachlässigt werden.** Der Umgang mit alten und pflegebedürftigen Menschen, ihren An- und Zugehörigen sowie den in der Pflege Beschäftigten ist auch ein Gradmesser für Respekt in einer solidarischen Gesellschaft und für die Unterstützung vulnerabler Gruppen. Angesichts des demografischen Wandels wird auf dieser Bühne auch die Auseinandersetzung um die soziale und liberale Demokratie ausgetragen. **Gute Pflege ist ein Menschenrecht!**